

Pressemitteilung

23. Februar 2013

VF/hs

SED-Opferverband BSV Sachsen entsetzt über Äußerungen der LINKEN zum Fall Gysi

Der Bund der stalinistisch Verfolgten, Landesverband Sachsen e.V., hat die heutigen Äußerungen der LINKEN zum Fall des unter Stasi-Verdacht stehenden Fraktionschefs Gysi kritisiert. Anstatt für Aufklärung zu sorgen, habe Parteichefin Kipping die Altvorderen auf Kadavergehorsam eingeschworen, erklärte der SED-Opferverband in Dresden. Es sei mehr als befremdlich, dass Gysi heute von einer Kampagne gegen sei Partei spreche, obwohl gegen ihn im Zusammenhang mit den Stasi-Vorwürfen wegen des Verdachts falscher eidesstattlicher Versicherung ermittelt wird.

Dazu erklärt **Volkhard Fuchs**, stellv. Vorsitzender des Bundes der stalinistisch Verfolgten, Landesverband Sachsen e.V.:

"Offensichtlich ist Herr Gysi im demokratischen Rechtsstaat noch nicht angekommen, wenn er die Justiz indirekt einer Kampagne bezichtigt. Der Umgang der Linken mit dem Fall Gysi zeigt, dass die SED-Nachfolger nicht bereit sind, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten. Vermutlich hätte bei der Linken sogar Erich Mielke noch eine Comeback-Chance."

Auf dem LINKEN-Parteitag heute in Berlin hat Fraktionschef Gysi die gegen ihn gerichteten Stasi-Vorwürfe als Kampagne gegen seine Partei verurteilt. Zu den Stasi-Vorwürfen sagte er: "Abgesehen von ein paar dienstlichen Kontakten hat es nie eine inoffizielle Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit gegeben." Die Staatsanwaltschaft Hamburg ermittelt gegen den 65-Jährigen wegen des Vorwurfs einer falschen eidesstattlichen Versicherung zu seinen Stasi-Kontakten. Gysis Gegner werfen ihm vor, als Anwalt in der DDR mit der Stasi zusammengearbeitet und Mandanten verraten zu haben. LINKE-Chefin Kipping rief ihre Partei heute trotz allem auf dem Parteitag auf, Gysi volle Rückendeckung zu geben.

Die Welt am Sonntag hatte vergangene Woche von neuen Unterlagen berichtet, wonach dass Gysi Stasi-Kontakte unterhielt und sich noch im Oktober 1989 mit einem Leutnant des DDR-Geheimdienstes getroffen habe. Zuvor soll sich Gysi im März 1989 offenbar mit Mitarbeitern der Stasi-Bezirksverwaltung Berlin ausgetauscht haben. Das steht im Widerspruch zu bisherigen Äußerungen der Linkspartei.

Der Bund der stalinistisch Verfolgten, Landesverband Sachsen e.V. setzt sich für die Rechte ehemals politisch Verfolgter und ihrer Hinterbliebenen ein. Das schließt den Psychiatriemissbrauch der SED-Diktatur ein. Der Verein fordert Wiedergutmachung gegenüber den Opfern

des Stalinismus und Kommunismus. Er fördert seine Ziele auch durch die Herausgabe von Verbandspublikationen sowie durch Zeitzeugenprojekte an Bildungseinrichtungen und leistet damit einen Beitrag zur Festigung der Demokratie.

Kontakt:

Volkhard Fuchs

Mobiltelefon: +49 173 8440952